

**Rainer Bliesener  
DGB-Landesvorsitzender**

**Rede zum 50-jährigen Bestehen des  
DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg**

**am 20. September 2000  
im Theaterhaus Stuttgart-Wangen**

---

Sehr verehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Karl Schwab, einst Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart, soll eines Tages seinen Jugendsekretär zu Louis Piltz, dem damaligen DGB-Kreisvorsitzenden in Stuttgart, geschickt haben.

Der meldete, er habe niemanden angetroffen, die Türen des DGB seien um 14 Uhr verschlossen gewesen.

„Das macht nichts, dann machen die wenigstens keinen Mist“, soll Karl Schwab erwidert haben.

Ein Jahr später war er DGB-Landesbezirksvorsitzender.

Eugen Loderer, damals noch Bezirkssekretär der IG Metall in Stuttgart, wurde eines Tages von Willi Bleicher nach Freiburg zitiert.

Dort waren ab 8.00 Uhr die baden-württembergischen Bevollmächtigten versammelt.

Es ist verbürgt, dass Willi Bleicher an dem wartenden Eugen vorbeiging, ihn kurz ansah,

dann sagte er: „Eugen, du gehst zum DGB.“  
„Was hab ich denn gemacht, dass ich zu einem Kreis gehen soll?“ wagte der Überraschte zu widersprechen. „Nicht zum Kreis, du gehst zum Landesbezirk als Landesvorsitzender.“

Der DGB Baden-Württemberg ist in diesem Jahr 50 Jahre alt geworden. Das ist ein Grund zum Feiern, die vergangene Zeit Revue passieren zu lassen, die Gegenwart kritisch zu beleuchten und einen kurzen Ausblick in die Zukunft zu wagen.

Die Gewerkschaften sind in den letzten Jahren von Gegnern oft als Dinosaurier dargestellt worden.

Aber nicht die Gewerkschaften sind überflüssig, sondern diejenigen, die von unserer Gesellschaft nur hohe Aktienkurse und kräftige Dividenden erwarten und dies für wichtiger und erstrebenswerter halten als für alle Menschen Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

**Der DGB und seine Gewerkschaften sind und bleiben das soziale Gewissen in unserer Gesellschaft.**

Wir, der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, haben entscheidend dazu beigetragen, dass aus den Ruinen, die das Dritte Reich hinterlassen hat, in Deutschland eine moderne Demokratie mit starker Wirtschaftskraft entstanden ist.

Die Gewerkschaften wurden mit einfachen Mitteln, aber mit der Vision einer besseren

und sozial gerechteren Zukunft, nach 1945 neu gegründet und 1949 bundesweit unter dem Dach des DGB als Einheitsgewerkschaft vereinigt.

Der DGB Baden-Württemberg wurde weit über seine Grenzen hinaus bekannt und geachtet, aber auch manchesmal wegen seiner Kampagnenfähigkeit mit Argwohn bedacht.

Ich möchte nur stichwortartig einige Stationen nennen:

- Unsere Solidaritätsaktionen gegen Unternehmerwillkür und Aussperrung.
- Für viele unvergessen ist die Solidaritätsaktion für die streikenden Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen, für die wir aus Spenden unserer Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben zu Weihnachten 1978 mehr als 5.000 Päckchen gepackt und einem Lastzug in das Streikgebiet gefahren haben.
- Besonders die 80iger Jahre waren geprägt von großen Protestaktionen gegen die Arbeitslosigkeit und den Sozialabbau der Regierung Kohl.

Unter dem Titel „Schluß mit der Politik für wenige, Arbeit für alle, Mitbestimmung, soziale Gerechtigkeit“ fand am 19. Oktober 1985 die mit 150.000 bis heute größte DGB-Kundgebung in Baden-Württemberg statt.

- Es folgten die DGB-Aktionstage im Herbst 88 mit den Themen Ausländergesetz, Betriebsverfassung, Gesundheitsreform, Ladenschluss und Dienstleistungsabend, Postreform und §218.
- Vergessen will ich auch nicht die großartige Beteiligung aus Baden-Württemberg an der Bonner Großdemonstration. Im Juni 1996 demonstrierten im Bonner Hofgarten rund 350.000 Menschen gegen die Sparpläne der Regierung Kohl.

Der Landesbezirk war mit 12 Sonderzügen und 192 Bussen dabei.

- Am 07. September 1996 sprach der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel in Stuttgart vor rund 50.000 Demonstranten unter dem Motto „Eine Mehrheit für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“.

Bei diesem kurzen historischen Streifzug darf auch unsere bundesweit einmalige Aktion am 21. Oktober 1986 auf dem Stuttgarter Killesberg nicht fehlen.

Damals versammelten sich die Mitglieder der Tarifkommissionen aller Gewerkschaften auf dem Stuttgarter Killesberg zur Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und verabschiedeten einstimmig die „Stuttgarter Erklärung“.

Diese skizzierte Periode ist eng mit den damaligen DGB-Landesvorsitzenden Lothar Zimmermann und Siegfried Pommerenke verbunden.

Aber auch andere Persönlichkeiten der Zeitgeschichte prägten die baden-württembergischen Gewerkschaften und ihren Dachverband.

Ich möchte an dieser Stelle nur nennen:

Willi Bleicher, legendärer Bezirksleiter der IG Metall und sein Nachfolger, der spätere IG Metallvorsitzende Franz Steinkühler, schrieben im warsten Sinne des Wortes Tarifgeschichte.

Auch Eugen Loderer und Walter Riester sind ehemalige DGB-Kollegen aus Baden-Württemberg.

Eugen Loderer war von März 1963 bis September 1968 der 4.DGB Landesvorsitzende.

Sein Nachfolger wurde Karl Schwab, damals noch 1. Bevollmächtigter der IG Metall Verwaltungsstelle Stuttgart.

Karl Schwab hat übrigens vor 11 Tagen seinen 80igsten Geburtstag gefeiert.

Wir freuen uns, dass auch er heute unter uns ist.

Karl, auch von dieser Stelle nochmals unseren herzlichen Glückwunsch an dich.

Karl Schwab wechselte vom DGB Landesvorsitzenden in den geschäftsführenden DGB-Vorstand nach Düsseldorf, sein Nachfolger wurde Günther

Erlewein, der gleichzeitig SPD-Landtagsabgeordneter war.

Ihm folgte Lothar Zimmermann, der wie Karl Schwab anschließend in den geschäftsführenden Bundesvorstand wechselte.

Anschließend leitete fast 17 Jahre von 1982 bis 1998 Siegfried Pommerenke sehr erfolgreich die Geschicke des DGB Landesbezirks.

Walter Riester, zuvor Jugendbildungsreferent mit Dienstsitz in Tuttlingen, übernahm am 1. August 1970 die Leitung der Abteilung Jugend, die er bis zum 28. Februar 1977 inne hatte.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
werte Gäste,

Trotz der vielen machtvollen Demonstrationen und Kundgebungen konnten wir die Stationierung der Mittelstreckenraketen, die gesetzliche Beschränkung des Streikrechts, den beginnenden Sozialabbau und die Deregulierung der Arbeitnehmerrechte nicht verhindern.

Aber eines ist sicher, ohne unsere Aktionen wären die Politiker an den Sozialabbau und den Abbau der Arbeitnehmerrechte noch radikaler herangegangen.

Unsere Aktionen haben wachgerüttelt und den Mächtigen deutliche Grenzen aufgezeigt.

Wir können und dürfen uns aber nicht auf den Erfolgen vergangener Zeiten ausruhen, sondern wir müssen auch in Zukunft Motor für eine sozial gerechtere Zukunft sein.

Unsere Vision ist eine sozial gerechte Gesellschaft, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Armut, ohne Gewalt und unter echter Gleichberechtigung von Frau und Mann.

Diese Vision, Stück für Stück Realität werden zu lassen, erwarten wir von einer Politik die das Prädikat sozial gerecht verdient.

Ich appelliere in diesem Zusammenhang an die Bundesregierung, nicht erst auf Druck von aussen, die Reformvorhaben mit der erforderlichen sozialen Gerechtigkeit auszustatten.

Die neue Bundesregierung hat den Reformstau teilweise abgebaut und das findet auch unsere Unterstützung.

Was wir aber an vielen Stellen vermissen, ist die soziale Gerechtigkeit.

Ohne Frage, die Renten müssen zukunftsicher gemacht werden. Eine Rentenreform ist längst überfällig.

Eine auf einem Kapitalstock aufbauende Zusatzversicherung scheint mir auch der richtige Weg zu sein, dass dabei aber das Grundprinzip der paritätischen Finanzierung durchbrochen werden muß, ist für mich nicht einsichtig.

Soziale Gerechtigkeit setzt eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Lasten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Reichen und Armen voraus.

Gewerkschaften müssen sich verändern, aber ich warne vor der oberflächlichen Gegenüberstellung von Traditionalisten und Modernisierern.

Die große Herausforderung liegt darin, dass wir Offenheit für den Wandel mit der Beibehaltung unserer Grundsätze verbinden.

Dass wir nicht im Alten verharren, aber genau so wenig dem sogenannten Modernen ungeprüft huldigen.

Verehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen

Markus Schleicher, Präsident des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden nach dem Krieg und erster DGB-Landesbezirksvorsitzender war ein Gegenspieler des DGB-Vorsitzenden Hans Böckler.

Schleicher wollte damals die DAG mit ins Boot des DGB nehmen.

Er setzte sich nicht durch, die DAG bildete sich daraufhin 1949 bundesweit als eigenständige Organisation die in direkter Konkurrenz zum DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften auftrat.

Heute, über ein halbes Jahrhundert später, erfährt Markus Schleicher vielleicht Genugtuung, wenn mit dem



Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften zur neuen Gewerkschaft Ver.di die DAG unter das Dach des DGB zurückkehrt.

Ich halte dies für einen historischen Schritt, der auch Auswirkungen auf den DGB haben wird.

Die Anzahl der Mitgliedsgewerkschaften des DGB wird auf acht zurückgehen.

In Baden-Württemberg entstehen aus den 25 DGB-Kreisen 11 Regionen mit einem neuen Anforderungsprofil.

Regionale Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik, Sozialpolitik und das Organisieren von zentralen und landesweiten Kampagnen werden Kernaufgaben der Regionen sein.

Der DGB und seine Gewerkschaften befinden sich an der Jahrtausendwende mitten im weitreichendsten Strukturwandel ihrer Geschichte seit 1945.

Die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften wird sich aber nicht nur in einer neuen organisatorischen Aufstellung entscheiden.

Zwei weitere Voraussetzungen müssen stimmen:

1. Wie weit es uns gelingt, einerseits den Wandel in der Beschäftigtenstruktur auch in unserer Mitgliederstruktur nachzuvollziehen und andererseits durch Mitgliederstärke - und das heißt auch finanzielle Stärke - unsere Durch-

setzungskraft zu erhalten und auszubauen.

2. Die Jugend wieder für unsere Ziele und Ideale zu gewinnen. Wir brauchen neues Blut in unserer Organisation. Ohne neue, junge Mitglieder werden wir langsam vergreisen.

Unsere Gesellschaft braucht auch in den nächsten Jahrzehnten starke und handlungsfähige Gewerkschaften.

Deshalb müssen wir uns unseren Zukunftsaufgaben stellen.

Wir müssen der sozialen und ökologischen Blindheit des freien Marktes eigene Konzepte entgegensetzen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, soziale Gerechtigkeit, Arbeitsumverteilung, Ausweitung der Mitbestimmung im Betrieb und in der Gesellschaft, die Gleichstellung von Frauen und Männern, bessere Bildungschancen und eine bessere Qualifikation für alle, die sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels, eine Gesellschaft ohne Rassismus und vor allen Dingen die Erhaltung des Friedens sind unsere zentralen Zukunftsthemen.

Gewerkschaften müssen Gegenmacht bleiben und fähig sein diese auch aktiv auszuüben.

Dazu gehört vor allem, dass wir unsere tarifpolitische Handlungsfähigkeit als Kerngeschäft der Gewerkschaften erhalten.

Nicht nur der nötige Sachverstand, sondern erst das Gewicht unserer Organisation mit Mitgliederstärke und der dahinterstehenden Finanzkraft sorgt dafür, dass wir auch als Partner ernst genommen werden.

Willi Bleicher hat dies einmal in den berühmten Satz gefasst: „Millionen sind stärker als Millionäre.“

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Neonazismus ist uns nicht nur geschichtliche Verpflichtung, weil wir als Gewerkschaften sehr darunter gelitten haben und viele unserer Kolleginnen und Kollegen in den Konzentrationslagern ums Leben gekommen sind, sondern weil die Würde des Menschen, die Ausgrenzung von Minderheiten, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit unsere Grundwerte in Frage stellen.

Mit einer Großkundgebung, an der sich über 20.000 Gewerkschafter beteiligten, haben wir am 17. Juni 1966 in Karlsruhe der NPD ein erstes Halt gesetzt. Diese Großaktion zum Schutz der Demokratie hat damals beachtliches Aufsehen erregt und besonders auch im Ausland viel Zustimmung gefunden. Zu dieser Tradition bekennen wir uns.

Wir haben vor zwei Wochen alle gesellschaftlich relevanten Organisationen und Verbände zu einem Bündnis gegen Rechtsextremismus eingeladen, um ein Netzwerk auf die Beine zu stellen, das nicht nur kurzfristig und kurzatmig Aktionen beraten soll, sondern den Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus nachhaltig stärken soll.

**Der nächste baden-württembergische  
Landtag muß frei von  
rechtsextremistischen Parteien sein, dafür  
werden wir im Landtagswahlkampf  
kämpfen und unsere Stimme erheben.**

Sehr verehrte Damen und Herren,  
liebe Kollginnen und Kollegen,

die Gewerkschaften haben in den 50er  
Jahren gegen die Wiederbewaffnung ge-  
kämpft, sie haben in der Bewegung „Kampf  
dem Atomtod“ mitgearbeitet und die Zu-  
sammenarbeit mit der Friedensbewegung  
gesucht.

Ich erinnere nur an die Arbeitsniederlegungen  
am 05. Oktober 1983 gegen die Stationierung  
von Mittelstreckenraketen sowie die  
machtvolle Demonstration und  
Menschenkette von Ulm nach Stuttgart am  
22. Oktober 1983 mit 200.000 Teilnehmern,  
ebenso unsere Ostermärsche und Anti-  
kriegstage.

Vielfältige Aktionen gab es auch Ende 1990  
und Anfang 1991 gegen den Golfkrieg.

Der DGB wird sich auch in der Zukunft aktiv  
für die Erhaltung des Friedens und für ein  
friedliches Zusammenleben einsetzen.

Der DGB-Landesbezirk pflegt enge  
Beziehungen mit den französischen  
Gewerkschaften im Elsaß, wir fördern die  
Arbeit der interregionalen Gewerkschaftsräte  
und haben Beziehungen mit unseren  
Partnergewerkschaften in der Lombardei, in

Katalonien und in der Region Rhone-Alpes, die sich gemeinsam mit Baden-Württemberg zu den 4 Motoren für Europa zusammengeschlossen haben.

Diejenigen, die dabei waren, erinnern sich sicher noch gern an die große Kundgebung des Europäischen Gewerkschaftsbundes und des DGB am 04. Juni 1983 in Stuttgart, an der mehr als 80.000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa teilnahmen.

Diese Solidarität in Europa zu stärken, wird eine wichtige Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe bleiben.

Nicht immer haben wir mit unseren Aktionen unser Ziel erreicht. Aber wir haben Zeichen gesetzt in diesem Land.

Wir haben sowohl die leiseren wie auch die lauten Töne gepflegt. Beides gehört in einem guten Orchester zusammen.

Der DGB hat das Gesicht dieses Landes mitgeprägt.

Daran haben viele mitgewirkt:

- Die vielen Gewerkschaftsmitglieder die durch ihre Beiträge die finanzielle Grundlage für unsere Kampagnenfähigkeit geschaffen haben
- Die Hauptamtlichen die durch ihr hohes Engagement die Basis für unsere Erfolge schaffen

- und die Verwaltungsangestellten, die durch ihren Einsatz maßgeblich zu unseren Erfolgen beitragen.

Wir werden auch in Zukunft Gegenmacht sein.

Unsere Formen und Wege werden andere moderne sein, unsere Werte aber bleiben bestehen.

Wir können selbstbewusst in die Zukunft blicken, wenn wir unsere Hoffnungen und Ideale nicht aufgeben, die Lehren der Geschichte beherzigen und uns mutig den Herausforderungen der Gegenwart und den Aufgaben der Zukunft stellen.

Ich lade Sie, verehrte Gäste, und euch, liebe Kolleginnen und Kollegen dazu ein, dies gemeinsam anzupacken.